

## Positionspapier

### Trinkwasser retten – Sulfat in der Spree stoppen!

Das Mitte 2017 fertig gestellte Sulfatprognosemodell (SPM)<sup>1</sup> bietet die Möglichkeit die Sulfatbelastung der Gewässer in der Lausitz und der Spree bis Berlin abzubilden und die künftige Gefährdung des Trinkwassers zu prognostizieren. Erste Modellrechnungen zeigen, dass die Sulfatbelastung aus den ehemaligen sowie aktiven Tagebauen regelmäßig zu kritischen Situationen für die Trinkwassergewinnung aus der Spree an den Wasserwerken in Briesen (versorgt u.a. Frankfurt/Oder) und Friedrichshagen (versorgt ca. ein Viertel Berlins) führen kann. Der BUND Brandenburg begrüßt die Erstellung des Modells, mahnt aber in der Nutzung und Weiterentwicklung einige wichtige Punkte an:

1. Das SPM muss die künftig häufiger auftretenden Extremereignisse abbilden. Dabei ist die Verknüpfung des SPM mit einem Klimamodell anzustreben. Die bisher im Modell angelegten Wiederkehrintervalle für verschieden starke „Sulfatereignisse“ – also vor allem unterschiedlich trockene Jahre, welche zu unterschiedlich hohen Sulfatkonzentrationen in der Spree führen – sind vermutlich in Hinblick auf den Klimawandel deutlich zu lang, da sie anhand der Vergangenheit berechnet wurden. In Zukunft werden jedoch Klimamodellen zufolge Trockenphasen in Brandenburg im Schnitt länger und Extreme treten damit häufiger auf und könnten auch vorher nicht beobachtete Ausmaße annehmen.
2. Es müssen mit dem SPM Berechnungen für verschiedene Szenarien für die nächsten Jahrzehnte, d.h. bis mindestens 2050, durchgeführt werden. Dabei sind nicht nur verschiedene „Bewirtschaftungsmaßnahmen“ und „Betriebszustände“ (= Symptombehandlung durch Speicherhaltung in Talsperren, Verdünnung durch Überleitung der Neiße etc.) zu vergleichen, sondern auch Szenarien mit mehr oder weniger Einleitung von Sumpfungswasser aus den aktiven Tagebauen, welcher für fast zwei Drittel der Sulfatbelastung verantwortlich ist. Wenn sich dabei herausstellt, dass die Sulfat-Zielwerte in der Spree nur mit Eingriffen in die Tagebauführung zu erreichen sind, müssen dem Bergbaubetreiber im Rahmen von Genehmigungen dementsprechende Auflagen gemacht werden. Auch die kurz- bis langfristigen Auswirkung der geplanten neuen Tagebaue Welzow-Süd II und Sonderfeld Mühlrose sind hier zu berücksichtigen und Szenarien mit und ohne neue Tagebaue hinsichtlich der durch diese verursachte Sulfatbelastung zu vergleichen. Auch die Auswirkungen der bereits beschlossenen Kraftwerksschließungen (Jänschwalde Block F und E in 2018 und 2019) und weiterer Klimaschutzmaßnahmen (zeitnahe Abschaltung des Kraftwerks Jänschwalde,

---

<sup>1</sup> DHI WASY (2017) „Erstellung des Sulfatprognosemodells Spree – Abschlussbericht“. Abrufbar unter: [http://www.lbgr.brandenburg.de/media\\_fast/4055/SPM%20Spree\\_Abschlussbericht\\_1.pdf](http://www.lbgr.brandenburg.de/media_fast/4055/SPM%20Spree_Abschlussbericht_1.pdf)

Kohleausstieg bis 2030 wie zur Einhaltung der Klimaschutzziele nötig) sind zu berechnen.

3. Ebenso müssen verschiedene Varianten der Flutung und Bewirtschaftung des Cottbuser Ostsees durchgerechnet und verglichen werden. Die Ergebnisse müssen sich auf die Genehmigungen auswirken. Wenn sich herausstellt, dass der See zu einer Erhöhung der Sulfatwerte in der Spree führt, muss durch die Modellierungen ein Sulfat-Grenzwert für die Ausleitung aus dem Ostsee ermittelt werden, dessen Einhaltung dann in der Genehmigung vorgeschrieben wird.
4. Der sich derzeit in Erarbeitung befindliche Bewirtschaftungserlass für Sulfat, mit welchem „gewässerscharf realistisch erreichbare Zielwerte“ abgeleitet werden sollen, darf keine Erhöhung der Sulfat-Zielwerte an den Wasserwerken Briesen und Friedrichshagen zur Folge haben. Bereits bei Überschreitung der Zielwerte (= Immissionsrichtwerte) müssen Maßnahmen ergriffen werden, nicht – wie anscheinend geplant – erst bei Überschreitung der noch festzusetzenden „Maßnahmewerte“. Diese sollen im Rahmen des Erlasses ebenfalls festgelegt werden und sich an der akuten Gefährdung der Trinkwasserversorgung orientieren. Wenn jedoch in diesem Moment bereits alle Maßnahmen zur Sulfat-Reduzierung durch „Bewirtschaftung“ ausgeschöpft sind, könnte es in diesem Moment bereits zu spät sein, um kurzfristig weitere wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Hier ist daher ein frühzeitigeres Gegensteuern nötig.
5. Das Absinken der Sulfat-Maximalkonzentration zwischen den Wasserwerken in Briesen und Friedrichshagen ist für Extremsituationen laut dem Gutachten „unplausibel hoch“. Dadurch wird die Gefahr für das Berliner Trinkwasser für Situationen mit hoher Sulfatbelastung systematisch unterschätzt. Hier ist eine Verbesserung des Modells vorzunehmen.